

Sicherheit und Ordnung darstellt

- (3) Unterkunft ist jeder mit der Erde fest verbundene Raum, der von Menschen betreten werden kann und den sozialen und hygienischen Mindestanforderungen genügt (Wasser, Wärme und Elektrizitätsversorgung, Anschluß an Abwasseranlagen)

§ 3

Unterbringung

- (1) Ein Rechtsanspruch auf Einweisung in eine von der Stadt unterhaltene Obdachlosenunterkunft oder auf ein Verbleiben darin besteht nicht.
- (2) Wann eine Einweisung zu erfolgen hat, bestimmt sich nach dem geltenden Polizei- und Ordnungsrecht.
- (3) Zwischen der Stadt und dem Obdachlosen wird kein privatrechtliches Verhältnis begründet.

§ 4

Dauer der Unterbringung

- (1) Die Obdachlosenunterkunft wird zunächst auf die Dauer von 4 Monaten bereitgestellt.
- (2) Diese Frist kann verlängert werden, wenn die Herausnahme aus der Unterkunft für den betroffenen Benutzer eine besondere Härte bedeuten würde.
- (3) Vor Ablauf der zeitlich befristeten Bereitstellung kann der Obdachlose aus einer Unterkunft — auch unter Anwendung unmittelbaren Zwanges — ausgewiesen werden, wenn der Zustand der Obdachlosigkeit objektiv nicht mehr besteht oder wenn dem Eingewiesenen die Umsetzung in eine kleinere Unterkunft zugemutet werden kann. Die dabei entstehenden Umzugskosten hat der Obdachlose zu tragen.

§ 5

Art und Weise der Unterbringung

- (1) Die Unterbringung mehrerer sich freiziehender Personen eines Geschlechts in einem Raum ist zulässig, wenn die Unterbringung der Obdachlose hat keine besonderen Schwierigkeiten bereitet.

aus der Satzung über die Errichtung und Benutzung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Maintal vom 10.11.1986

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

seit bald 15 Jahren gibt es den Erlaß des Hessischen Sozialministers mit den 'Grundsätzen zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen'. Wenn man zurückblickt, dann hat sich während der Zeit für die Obdachlosen einiges verbessert.

Aber längst nicht überall. Vor allem in kleineren Gemeinden sieht es oft noch düster aus, wie obdachlose Menschen dort behandelt und welche Unterkünfte ihnen zugemutet werden. Als Beispiele dafür stehen in diesem Heft die Bericht aus Dörnigheim, Gernsheim und Glauburg.

Haltet die Augen offen! Wenn ihr von ähnlichen Zuständen erfährt, dann berichtet der Geschäftsstelle!

Am 17./18. Oktober findet die Mitgliederversammlung der LAG in Kröckelbach statt. Ein Diskussionspunkt dabei wird die LAG-Zeitung sein. Also überlegt Euch, was Euch nicht gefällt an der Zeitung, und wie diese verbessert werden könnte. Mir zum Beispiel gefällt nicht, daß noch immer unter fast jedem Artikel 'chr.' steht ...

Christoph Rüsçh

INHALT

Wasserscheide in Gernsheim: Wegen schlechter Wohnung sollten die Kinder ins Heim	S. 2
In Glauburg werden wieder Baracken aufgestellt	S. 4
Maintal-Dörnigheim: Rückfall in die sechziger Jahre	S. 5
Stadt Wiesbaden: Keine Hilfe für die Soziale Hilfe e.V. ...	S. 6
Bewohnerfest im Eschig in Offenbach	S. 7
Was gab's denn da zu feiern?	S. 8
Bundesweites Sozialhilfetreffen	S. 11
1. S.G. "Kojak"-Margaretenhütte gewinnt Fußballturnier ...	S. 12
Frauen, Männer und der Alkohol	S. 14
Eine Räumungsklage - was tun?	S. 15
LAG auf dem Evangelischen Kirchentag	S. 16
Bericht von der Jahrestagung und der Mitgliederversammlung	S. 18
Wieder ein Fest: 20 Jahre Spiel- und Lernstuben	S. 19
Verschiedenes	S. 21

IMPRESSUM:

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Moselstr. 25, 6000 Frankfurt a.M. 1, Tel. 069 / 25 00 38

Redaktion: Christoph Rüsçh

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

WASSERSCHEIDE IN GERNSHEIM:

WEGEN SCHLECHTER WOHNUNG SOLLTEN KINDER INS HEIM!

Bewohner von der Rodgaustraße erzählen uns die unglaubliche Geschichte: Eine Familie aus Gernsheim war zu ihnen an die Rodgaustraße geflohen, weil die Kinder ins Heim kommen sollten. Schwarz auf weiß zeigten sie uns den Beschluß des Amtsgerichts, wo die Gefährdung des Kindeswohls - wie dies so schön heißt - ausschließlich mit den schlechten Wohnverhältnissen begründet wird. So heißt es wörtlich: "Die am 10.12.1986 erfolgte Besichtigung der Wohnverhältnisse durch das Vormundschaftsgericht hat ergeben, daß die wohnlichen Verhältnisse der Familie X. eine erhebliche Gefährdung für die Kinder A., B., C., u. D. darstellen". Deshalb sollte den Eltern das Sorgerecht entzogen werden. Dies ist ein Skandal, wenn ein Jugendamt im Jahre 1986 Kinder aus einer Familie herausnimmt, nur weil die Wohnverhältnisse untragbar sind. Hier muß doch einfach dafür gesorgt werden, daß die Familie eine anständige Wohnung erhält! Inzwischen hat es das Gericht in Darmstadt, das nach der Flucht der Eltern zuständig wurde, abgelehnt, den Eltern die Kinder wegzunehmen.

Dieses Gernsheim wollten wir kennenlernen. Es ist ein kleines Städtchen mit 8000 Einwohnern in Südhessen am Rhein. Mitten drin liegt die Wasserscheide, wo oben genannte Familie wohnte. Die Bewohner von der Rodgaustraße kennen die Wasserscheide gut und haben uns erzählt, wie sie diese sehen: Es sei ein gutes Wohngebiet mitten in Gernsheim mit kleinen Häusern und Gärten. Nur die Wohnungen seien in einem miserablen Zustand und müßten dringend neu gemacht werden. Für die vielen Kinder müßte auch etwas getan werden, denn viele kämen in die Sonderschule, weil es keinen Hort und keine Hausaufgabenbetreuung gäbe. Die Bewohner hätten Angst, etwas von der Stadt zu verlangen, deshalb würden sie lieber alles selber machen. Sie würden jedoch gerne da wohnen, das sähe man auch am schönen Straßenfest, das sie jedes Jahr machten.

Von Sozialarbeitern, die einzelne Familien von der Wasserscheide kennen, wurde bestätigt, daß viele Wohnungen dringend gemacht werden müßten. Außerdem wäre der hohe Krankenstand in den Familien auffallend und besorgniserregend.



*Die Wasserscheide
im Regenwasser*



*Die Wasserscheide
im Sonnenschein
beim Strassenfest
am 5. Juli 1987*

Aufgrund dieser Information suchten wir das Gespräch mit der Stadt Gernsheim. Herr Müller von der Hauptverwaltung erklärte uns, die Häuser, die alle im Besitz der Stadt sind, wären in Ordnung. Das eine Haus der 'Fluchtfamilie' wäre neu gemacht. Die Stadt würde dafür sorgen, daß diese Familie nicht zurückkomme, denn diese hätte die Zerstörungen verursacht und die Probleme geschaffen. Die anderen Familien wären gut integriert in die Gemeinde, würden in den Vereinen mitmachen, sie brauchten und wollten keine Hilfe. Für Schulkinder gäbe es ehrenamtliche Hausaufgabenhilfe. Kurz und gut die Stadt Gernsheim sieht keine Notwendigkeit etwas zu tun.

Nach diesem Gespräch wollten wir uns, Lothar Stock und ich, selber ein Bild machen. Die Wasserscheide ist eine kleine Straße mitten in Gernsheim. Links und rechts kommt zuerst eine eingeschossige Häuserzeile mit Kleinstwohnungen und einem Neubau für alleinstehende Obdachlose für etwa 20 Personen. Anschließend gibt es dann barackenähnliche Steinhäuser mit größeren Vorgärten und zwei zweigeschossige Holzhäuser. Die Straße mit diesen nach dem Krieg gebauten Behelfsbauten macht mit den Gärten und vielen Tieren (Hund, Ziegen usw.) einen ländlich-friedlichen Eindruck.

Doch wenn man hinter die Fassaden sieht, dann sieht es anders aus. Frau X. zeigte uns ihre Wohnung: Löcher in den Decken und im Mauerwerk, über-

all blätterte der Putz ab, Feuchtigkeit und Schimmel in den Ecken, ein Fensterrahmen, der kaum mehr fest in der Mauer hielt. Weiter sagte Frau X., daß das Dachgebälk morsch wäre, und man deshalb den Dachboden nicht betreten dürfe. Der bauliche Zustand machte einen erschreckenden Eindruck auf uns.

Ganz so angenommen, wie von der Gemeinde gesagt wird, sind die Bewohner der Wasserscheide auch nicht. Als wir eine junge Frau nach der Wasserscheide fragten, sagte diese: "Wasserscheide, da wohnen doch die ..., da bin ich als Kinder mit dem Fahrrad durchgefahren, aber immer ganz schnell..."

Dennoch, das Sommerfest der Wasserscheide zeigt, daß die Bewohner aber auch nicht ganz so isoliert sind. Am 5. Juli waren wir da und haben gestaunt, was da auf die Beine gestellt wurde mit Aufbau, Überdachung quer über die Straße, mit Musik und dreitägigem Programm, und wieviele Menschen dran teilgenommen haben.

Unsere Meinung dazu: Bis heute hat die Gemeinde für die Wasserscheide nicht allzu viel getan. Hier kann sich die Gemeinde jedoch nicht aus der Verantwortung stellen. Es ist ihre Pflicht, den Bewohnern der Wasserscheide menschenwürdigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Schulkinder brauchen mehr Unterstützung und für einzelne Familien sollte ebenfalls mehr getan werden!

chr.

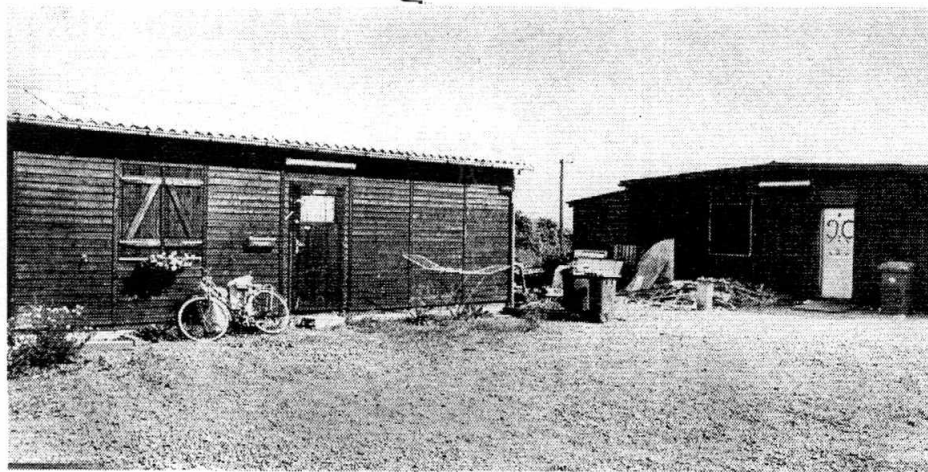
Baracke der katholischen Kirchengemeinde wird weitere Obdachlosenunterkunft in Glauburg / Als Standort „Im Böning“ vorgesehen

Immer mehr Familien zu betreuen

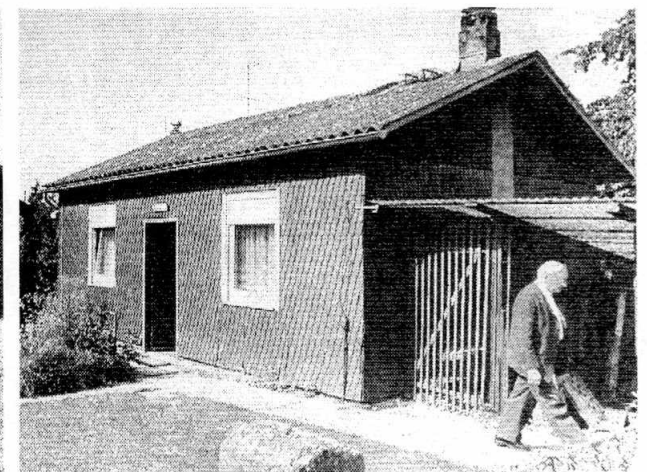
GLAUBURG. Vor der Wahl, im Rücken des Feuerwehrgerätehauses Glauburg eine Baracke zur Unterbringung Obdachloser zu errichten oder sie „Im Böning“ aufzustellen, wo bereits ein anderes solches „Behelfswohnheim“ steht, entschieden sich die Glauburger Gemeindevertreter am Montagabend mehrheitlich für die zweite Möglichkeit, die mit dem Ruch von „Barackensiedlung“ behaftet ist. Der Gemeindevorstand hatte den Bürgervertretern in seiner Tischvorlage „aus soziologischen Gründen“ von einer solchen Konzentration der Obdachlosen an einem Standort abgeraten.

Zur Debatte stand die Baracke, in der die katholische Kirche Stockheim bislang ihr Gemeindezentrum hat. Weil sich die Katholiken nun ein neues Pfarrzentrum anstelle der mittlerweile mehr als 40 Jahre alte Bretterunterkunft aus Reichsarbeitsdienstbesitz leisten wollen, dafür aber das bisherige Areal der Baracke benötigen, haben sie diese nun an die Gemeinde verkauft. Das Holzhaus ist nach einer Inspektion durch den Ranstadter Architekten Günter Kaiser in einem Zustand, der noch eine Restnutzungsdauer von 20 bis 30 Jahren erwarten läßt. Dies, obwohl für Baracken im allgemeinen nach der Wertermittlungsverordnung nur eine „technische Lebensdauer“ von zwei bis drei Jahrzehnten veranschlagt wird; die Kirche hat ihr Gemeindezentrum eben pfleglich behandelt und teilweise renoviert.

3500 Mark zahlt Glauburg der Kirchengemeinde für die Überlassung der Baracke. Dies billigte das Parlament am Montag bei fünf Gegenstimmen quer durch



Die beiden Hütten auf dem Glauburger Gelände „Im Böning“, in denen eine Behelfswohnung und eine Art Jugendzentrum untergebracht sind, bekommen bald Gesellschaft: Die Baracke der katholischen Kirchengemeinde Stockheim



(rechtes Bild) soll abgeschlagen und als Notunterkunft für Obdachlose nebendran aufgebaut werden. (uli/FR-Bilder: Schüller)

die Fraktionen. Sie folgte dem Gemeindevorstand auch in dessen Absicht, das hölzerne Obdach für die Unterbringung von in Not geratenen Bürgern zu verwenden. Die Alternative, für die sich lediglich die zwei Gemeindevertreter der FWG entschieden, wäre eine Nutzung als Jugendunterkunft in Stockheim gewesen.

Wie Bürgermeister Rolf Gnadl berichtet, zeigt die Zahl der Obdachlosenfälle in der Gemeinde steigende Tendenz. Das vorhandene Behelfswohnheim „Im Böning“/Glauburg sei bis auf weiteres belegt, ein weiterer „Fall“ sei durch befristete Wiedereinweisung in die alte Wohnung bei gemeindlicher Übernahme der Mietkosten nur befristet geregelt, da der Vermieter gerichtlich gegen die Gemeinde vorgehen wolle. Zwei weitere Räumungsklagen seien zudem in Gang, und es sei zu befürchten, daß die Betroffenen alsbald auch als Obdachlose von der Gemeinde betreut werden müssen. Gnads Vorlage an die Gemeindevertreter spricht auch noch von

einer fünften Räumungsangelegenheit, so daß der Bereitstellung einer weiteren Barackenunterkunft Vorrang vor einem Jugendtreffpunkt zu geben sei.

Schließlich wurde in der Runde der Bürgervertreter im Stockheimer Rathausaal vor den Vorschlag des Gemeindevorstands diskutiert, die Baracke abzuschlagen und auf neuen Fundamenten im rückwärtigen Grundstücksteil des Feuerwehrgerätehauses Glauburg aufzustellen. Dort seien die Obdachlosen weder konzentriert noch an den Ortsrand verdrängt. Gnadl versicherte, daß die räumlichen Verhältnisse dort trotzdem noch eine Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses, eines zugehörigen Parkplatzes sowie die Erhaltung der vorhandenen Bäume zuließen.

Gegen die sozialpsychologischen Überlegungen des Gemeindevorstands setzte sich eine Argumentation durch, wie sie der SPD-Gemeindevertreter (und Glauburger Ortsfeuerwehr-Führer) Wilhelm

Schneider vertrat: Für den Fall, daß in der Zukunft einmal eine obdachlose Großfamilie in eine Unterkunft eingewiesen werden muß, solle man die beiden „Wohnheime“ doch zusammen im „Böning“ betreiben. Um eine Bezeichnung des Standorts als „Barackengelände“ komme man ohnehin nicht herum.

Als Alternativstandorte hatte die Gemeindeverwaltung vor der Sitzung schon den Lagerplatz des Stockheimer Bauhofs sowie den Standort des ehemaligen Bundesbahn-Pumpenhauses erwogen und verworfen. Während der Sitzung von Wilfried Mäser (Grüne) angesprochene Gelände-Teile des Raiffeisenareals oder ein Stück hinter dem ehemaligen Kindergarten Stockheim wurden nicht mehr weiter diskutiert, nachdem Bürgermeister Rolf Gnadl die zu erwartenden Schwierigkeiten bei Verhandlungen mit der Genossenschaft und dem Wetteraukreis als Eigentümern ausgemalt hatte.

Im Zusammenhang mit der katholi-

schen Gemeindebaracke, die nun in öffentlichen Besitz übergehen wird, entspann sich unter den Glauburger Kommunalparlamentariern noch ein relativ wenig kontroverses Gespräch über die gemeindliche Sozialpolitik. Bürgermeister Gnadl wies darauf hin, daß für die Ausstattung von Behelfswohnungen nur minimale Standards vorgeschrieben seien. Dies habe den Sinn, die betroffenen Leute zum baldigen Auszug anzuspornen.

Auch der Fraktionsvorsitzende der SPD, Heinz Euler, meinte, die Gemeinde dürfe niemandem auf ihre Kosten ein zu angenehmes Leben bereiten. Deshalb könne die Gemeinde langfristig nur mit Hilfe der halbwegs ökonomischen Baracken soziale Vorsorge treffen. Wilfried Mäser von den Grünen stieß aus Gründen sparsamer Haushaltsführung auch zu denen, die einer Barackenunterbringung den Vorzug geben vor den für die Gemeinde teureren Einweisungen mit Mietleistung durch die Kommune.

Vertreter aller Parteien waren sich einig, daß die Einweisung in eine Notunterkunft das soziale Problem Obdachloser allein nicht löst. Albrecht Kauschat (CDU) war derjenige, der die soziale Betreuung der Leute am eindringlichsten forderte. Der Bürgermeister versicherte ihm, Ziel der Gemeinde sei es immer, die Baracken so schnell wie möglich wieder frei zu bekommen, natürlich durch Sozialarbeit. Sie sollten im Idealfall bloß als Reserve bereitstehen.

Bei drei SPD-Gegenstimmen und drei Enthaltungen wurde der Standort „Böning“ beschlossen. Bei der Bewilligung zusätzlicher Haushaltsmittel für Kauf, Renovierung und Umsetzung der Baracke (freiwillige Helfer der katholischen Kirchengemeinde wollen gegen Entgelt mit anpacken) gab es zwei Gegenstimmen aus der FWG, je eine aus CDU und SPD. Es wurden 40 000 Mark vorgesehen. Mit den Arbeiten soll zügig begonnen werden. uli

MAINTAL - DÖRNIGHEIM: RÜCKFALL IN DIE SECHZIGER JAHRE

Frau E. ist Italienerin, in Deutschland aufgewachsen, sie ist verheiratet und hat eine dreijährige Tochter sowie einen 4 1/2 Monate alten Sohn. Seit dem 5. August 1986 wohnt sie in der Henschelstrasse 14, im Obdach von Maintal-Dörnigheim.

Da ihr Mann im letzten Jahr vorübergehend arbeitslos geworden war, konnten sie die Miete nicht mehr bezahlen und wurden ins Obdach eingewiesen. Sie bekamen zwei Zimmer, eine Wohnküche und ein kleines Schlafzimmer, zugeteilt. Das dritte Zimmer der Wohnung sollten sie dazu bekommen, wenn das zweite Kind auf der Welt wäre. Aber statt das dritte Zimmerchen zu bekommen, setzte ihnen die Stadt Maintal einen fremden Mann in die Wohnung. Dem Ehepaar E. stehen mit den beiden Kindern etwa 25 m² Wohnfläche zur Verfügung. Zum Vergleich das Hessische Wohnungsaufsichtsgesetz schreibt für vier Personen eine Mindestfläche von 36 m² vor, ist jedoch für Obdachlosenunterkünfte nicht gültig. Dazu kommt, daß die Zimmer feucht und von Schimmel befallen sind. Frau E. will hier nicht weiter wohnen, sie will eine eigene Wohnung, wo kein Fremder mitwohnt, eine Wohnung mit mehr Platz, mit Dusche und Warmwasser, und wo es nicht feucht ist und nicht zieht im Winter.

Seit August 1986 steht sie auf der Warteliste im Wohnungsamt, aber als Bewohner der Henschelstrasse 14 nimmt sie so schnell kein Wohnungsbaunehmen.... Seit Juli 1986 hat die Evangelische Kirche Harald Stock-Eisenberg teilzeitbeschäftigt, der sie ab und zu besucht. Ansonsten fehlt eine ausreichende Betreuung für Maintal-Dörnigheim. Immerhin wohnen sieben Familien und drei Einzelpersonen in der Unterkunft (Typ Laubengänge). Eine Familie lebt mit sechs Personen auf etwa 30 m².

Daß es solche Unterkünfte noch in vielen Städten und Gemeinden in Hessen gibt, ist nichts neues. In den meisten Gemeinden ist jedoch ein Bemühen zu erkennen, die Obdachlosen so zu unterstützen, daß sie möglichst schnell wieder in menschenwürdige Verhältnisse kommen, wie dies auch im Erlaß des Hessischen Sozialministers zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen vorgesehen ist.

In Maintal ist von einem solchen Bemühen wenig zu erkennen. Da wird mit härteren Bandagen gearbeitet: Nach Ablauf der in der Satzung vorgesehenen Viermonatsfrist sollten im ersten Halbjahr 1987 Alleinstehende von einem Tag zum anderen die Unterkunft verlassen, ohne daß sie eine andere Wohnmöglichkeit hatten. Wenn sich die beiden nicht an die Zeitung mit der Bitte um Unterstützung gewandt hätten, wären sie einfach so auf der Straße gelandet. Dies ist die gleiche Haltung, wie wenn zu einer Familie einfach ein fremder Mann mit in die Wohnung eingewiesen wird.

Damit sind wir am Ausgangspunkt dieses Berichts. Von Vertretern der Evangelischen Kirche vor Ort bekamen wir die **'Satzung über die Errichtung und Benutzung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Maintal vom 18.11.1986'** (siehe Titels.). Sie wollten unsere Meinung dazu hören, wenn z.B. darin steht, daß als Unterkunft "jeder mit der Erde fest verbundene Raum, der von Menschen betreten werden kann... ", bezeichnet wird (§2,3), wenn Obdachlose keinen Anspruch auf Unterbringung haben (§ 3,1) und nur 4 Monate bleiben dürfen (§ 4,1), wenn mehrere einander fremde Personen in einem Raum untergebracht und die Personen beliebig verlegt werden können (§ 5,1), oder wenn den Weisungen des städtischen Personals ohne weiteres Folge zu leisten ist (§ 7,4).

Der erste Eindruck: Diese Satzung ist entwürdigend, hier werden Obdachlose zu Menschen zweiter Klasse gemacht, die nichts zu sagen haben und abhängig sind vom Belieben der Verwaltung.

Wir haben dann eine Umfrage gemacht bei Spezialisten wie dem Rechtsexperten Albrecht Brühl, dem Institut 'Wohnen und Umwelt' und bei LAG-Projekten. Niemand kannte eine Gemeinde, die mit einer solchen Satzung arbeitet. Einhellige Meinung war, dies sei ein Relikt aus den sechziger Jahren. Damals, als man noch der Meinung war, daß Obdachlose selbst schuld an ihrer Lage seien, mußten sie sich im Dreistufensystem wieder hoch arbeiten (Notunterkünfte - Übergangswohnung - normale Wohnung). Im Zusammenhang mit diesem Bewährungsaufstieg gab es auch solche diskriminierende Satzungen.



Henschelstraße 14

Unser Besuch in der Henschelstraße 14, Anfang Juli 1987, hat uns gezeigt, daß diese Haltung nicht nur auf dem Papier steht, sondern, daß auch danach gehandelt wird. So z.B., wenn Bewohner bis zum letzten Tag ihrer Frist im Ungewissen darüber gelassen werden, ob sie nun weiter da wohnen dürfen.

Wir meinen, die Stadt Maintal sollte ihren Umgang mit den Obdachlosen überdenken und diese Satzung so schnell wie möglich wieder aus dem Verkehr ziehen. Dazu müßten aber auch mehr Menschen als bisher für die Obdachlosen in Maintal eintreten.

Im Übrigen, wer hat Kenntnis von ähnlichen Zuständen, wer kennt sonst solche Satzungen? Meldet Euch bei der LAG!

chr.

STADT WIESBADEN: KEINE HILFE FÜR DIE SOZIALE HILFE E.V.

Viele aus der LAG kennen das Projekt, den Verein **Soziale Hilfe** aus Wiesbaden. Vor allem in der AG Sozialhilfe ist der Verein sehr aktiv. Seit mehr als zwei Jahren betreibt die Soziale Hilfe eine Beratungsstelle am Luisenplatz für die Wiesbadener Sozialhilfeempfänger. Im Jahr 1986 wurde diese Stelle von 1.500 Sozialhilfeempfängern aufgesucht. Allein diese Zahl unterstreicht, wie dringend nötig diese **unabhängige** Beratungsstelle ist.

Seit zwei Jahren arbeitet Beate Hohweiler als hauptamtliche Mitarbeiterin auf ABM-Basis. Das Arbeitsamt ist bereit, diese Stelle noch ein weiteres Jahr zu finanzieren (also bis 30. September 1988), wenn der Verein sich bereit erklärt, Beate Hohweiler zu übernehmen. Dazu braucht der Verein - der sonst über zu wenig Mittel verfügt - eine Zusage der Stadt Wiesbaden, daß sie die Stelle finanzieren wird.

Die SPD und Oberbürgermeister Exner waren des Lobes voll über die Beratungsstelle. In einem Gespräch hat Exner 1985 gar unaufgefordert zugesagt, daß er sich dafür einsetzen werde, daß nach Ablauf der ABM die Stelle von der Stadt finanziert wird.

Am 18. August zeigte sich jedoch, daß dies alles nur schöne Worte waren: Die SPD lehnte es im Ausschuß für Jugend und Soziales ab, dem Verein mit einem städtischen Zuschuß die Übernahmegarantie zu ermöglichen.

Das heißt für den Verein, daß er die ABM-Stelle zurückgeben und Beate Hohweiler Ende September entlassen muß. Vermutlich muß er dann die Beratungsstelle teilweise schließen, wenn er nicht Leute findet, die bereit sind stundenweise und ehrenamtlich die Arbeit weiterzuführen.

In einer Presseerklärung fordert die LAG die Stadt Wiesbaden und ihre Kommunalpolitiker auf, diese Entscheidung umgehend rückgängig zu machen und den Fortbestand der Arbeit der Sozialen Hilfe e.V. in ihrem bisherigen Umfang zu sichern. Weiter heißt es in der Erklärung der LAG: "Nur eine solche Entscheidung läge im Interesse der Hilfesuchenden, auf deren Rücken (wieder einmal) die städtische Sparpolitik ausgetragen wird, während für Renommierprojekte, wie z.B. die in die Millionen gehende Rathaussanierung, keine Ausgaben gescheut werden".

chr.

BEWOHNERFEST IM ESCHIG IN OFFENBACH



Der Beweis, daß die LAG am 15. August den Eschig besucht hat.

Wie ich am 15. August zum Bewohnerfest kam, habe ich den Eschig kaum mehr erkannt. Frisch renoviert macht er einen freundlichen, farbenfrohen Eindruck und ist längst nicht mehr so trist wie früher. Wenn dann noch alle Ecken begrünt sind, läßt es sich wirklich wohnen im Eschig.

"Wir sind zufrieden", bestätigt auch Käthe Bittelbrunn vom Wohnerrat. Probleme gebe es noch mit dem Standort für den Kinderspielplatz und den beiden städtischen Häusern, bei denen noch unklar sei, was mit ihnen geschehen soll.

Für das Fest zeichnete der Fußballclub verantwortlich, tatkräftig unterstützt vom Jugendclub. Neben Speis und Trank gab es Kinderspiele, eine Disco und eine amerikanische Versteigerung - nicht für die eigene Kasse sondern zugunsten des Kinderkrankenhauses.

Im Gespräch mit Käthe Bittelbrunn kam heraus, daß es im Eschig einige **Unzufriedenheit mit der LAG** gibt: So wären die Tagungen einfach zu vollgepackt und zu anstrengend, früher wäre es einfach lockerer gewesen, die Frauentagungen wären da schon besser. Daß bei den Tagungen wieder vermehrt die Bewohner zum Zuge kommen müssen, diese Kritik ist bei der

LAG schon angekommen. So gab es erste Verbesserungen bei der Jahrestagung im Mai.

Ein zweiter Punkt, wo es nach Meinung der Eschigbewohner klemmt, ist der Kontakt zur LAG: Es gäbe zu wenig Kontakt, nie würde jemand vorbeikommen und sich um den Eschig kümmern, früher sei alles viel besser gewesen. Es ist klar, daß Projekte wie der Eschig, die ohne Sozialarbeiter auskommen, mehr Unterstützung brauchen von der LAG. Für sie ist die LAG ja auch da, sie hat die Aufgabe mit Rat und Tat ihren Mitgliedern zur Seite zu stehen. Die Taten bleiben allerdings beschränkt, denn Geld hat die LAG keines zum Verteilen und darf es auch nicht. Dafür kann sie aber Ratschläge geben, wie Projekte zu Geld kommen können, und was man dafür tun muß.

Frage: Geht das anderen Projekten auch so, daß sie finden, die LAG halte zu wenig Kontakt zu ihnen? Immerhin am Bewohnerfest im Eschig war die LAG vertreten, was am nebenstehenden Foto auch zu sehen ist!

Aber bitte liebe Leute vom Eschig sagt uns doch in Zukunft früher Bescheid, wenn was los ist bei euch, und nicht immer erst fünf Minuten vorher. Denn dann können wir unsere Zeit auch so einteilen, daß wir kommen können.

chr.

WAS GAB'S DENN DA ZU FEIERN?

Um 10 Uhr, am 9. Mai, sollte das Fest 10 Jahre Frauengruppen in der LAG beginnen. Da war der Saal noch halb leer, und Monika Neumaier wurde immer unruhiger: "Wo bleiben die denn, nicht mal die aus Wiesbaden sind da". Doch eine Viertelstunde später war kein Stuhl mehr frei. Als letzte kamen die Marburgerinnen, schwer bepackt mit vielen merkwürdigen Gegenständen. Die Armen, über eine halbe Stunde hatte der Busfahrer den Tattersall gesucht, und dann mußten sie erst noch ein gutes Stück zu Fuß gehen.

Und dann ging's los. Schlag auf Schlag. Mit der Melodie, Spiel mir das Lied vom Tode, besang eine "gemischte" Frauengruppe, was ihr Leben schwer macht. Es folgten Liederbeiträge aus Offenbach und Darmstadt.

Mit der Sozialhilfemodenschau aus Marburg und der Büttensrede von Ilona aus Wiesbaden kamen dann die Höhepunkte. Die Modenschau war echt super. Was für Naturtalente, die uns da Szenen aus dem Leben von Sozialhilfeempfängerinnen vorführten! Da ist das Fernsehen am Samstagabend langweilig dagegen. Und dazu hatten sie nur viermal geprobt, wie ich nachträglich erfahren hatte.

Nach einer langen Rede von unserem Vorsitzenden Hartmut Fritz kamen die Politikerinnen der Parteien zu Wort. Gespannt waren alle, was Frau Geschka, die frisch ernannte Frauenbeauftragte der neuen Landesregierung, zu sagen hatte. Nach ihren Worten (siehe Kasten) brauchen sich die Frauen und die Brennpunktprojekte für die Zukunft keine Sorgen zu machen. Sie betonte die Notwendigkeit und die Erfolge der langjährigen Brennpunktarbeit und ging auch lobend auf das Zentrum für Frauenkooperativen ein, dessen Weiterführung sie ausdrücklich befürwortete. Nach den Grußworten von Vertreterinnen von SPD und GRÜNEN und einer Rede von Renate Knigge-Tesch von der Hess. Landeszentrale für politische Bildung (s. Frauen-Sonderheft, S.11), gab es dann einen kräftigen Eintopf zur Stärkung.

Am Nachmittag ging es dann mit Liedern weiter und mit Büttensreden tat sich Marlies aus Marburg hervor. Dann wurden Renate Knigge-Tesch und Monika Neumaier von den Frauen auf die Bühne geholt. Als Dank für ihren Einsatz bekamen sie große Blumensträuße. Renate bekam dazu ein schickes Jacket "Made in ZFF" und Monika einen Füller, damit sie noch zu vielen Tagungen einladen kann.





Die drei
Unermüdlchen

Danach gab's Modenschauen aus dem ZfF und der Nähwerkstatt Darmstadt.

Weil ein Teil von tune up, der allseits bekannten Gießener Brennpunkt-Band, auf der Autobahn stecken blieb und deshalb erst später auftreten konnte, gingen die Frauen selber aufs Podium und sorgten für Stimmung.

Beim Preis-Walzer-Tanz gewannen Petra und Gisela aus Darmstadt die große Flasche Sekt, hart bedrängt von der Konkurrenz aus Dietzenbach. So ging's weiter bis in den späten Abend.

Nachmittags gab es Kuchen und Kaffee und abends ein Super-Buffer mit vielen Salaten, würzigen Fleischbällchen und kaltem Braten, dazu kamen noch herrliche Nachspeisen. Bis dieses Buffer endlich aufgetragen war, wurden die hungrigen Mägen vor eine arge Geduldsprobe gestellt. Aber dann schmeckte es um so mehr und das "Tischlein-Deck-Dich" aus Gießen bestand seine erste große Bewährungsprobe. (Das "Tischlein-Deck-Dich" ist der erste Betrieb, der aus dem ZfF in Gießen entstanden ist; er besteht aus einem Partyservice und einer Imbißstube).

An diesem Tag halfen viele Hände mit. Stellvertretend für alle möchte ich die "Drei Dicken hinter der Thek" erwähnen, wie sich Betti, Elfriede und Christine von der Preßberger Straße selber nannten. Bis auf eine kurze Pause hatten sie unermüdlch für den Getränkenachschub gesorgt - und da wurde einiges weggetrunken, an diesem warmen Frühlingstag.

Auszüge aus der Rede von Frau Geschka, Beauftragte für Frauenangelegenheiten der Hessischen Landesregierung:

... ich darf Ihnen im Namen der Hessischen Landesregierung heute hier zu Ihrem Fest die Anerkennung für Ihre getane Arbeit aussprechen, und ich will gleich vorab sagen, weil auch Herr Fritz davon gesprochen hat, nichts meine Damen und Herren gibt Veranlassung anzunehmen, Ihre Arbeit könnte auch unter einer neuen Hessischen Landesregierung nicht mehr fortgesetzt werden ...

... Ihre Gemeinwesenarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft geht von der Mitarbeit bzw. Einbeziehung sozialer Brennpunkte aus. Hierbei werden die Beteiligten als die eigentlichen sozialen Fachkräfte gesehen. Dies wird durch die mittlerweile 15-jährige Praxis der örtlichen Projekte bestätigt. Die Gemeinwesenarbeit versteht sich auch als Bürgerinitiative. Hierbei ist eine Bürgerinitiative gemeint, die auf der Seite der sozialökonomisch unterprivilegierten Bevölkerungsgruppe steht, und die eine sozialpolitische Chancengleichheit zum Ziel hat. Deshalb ja auch das Motto der Landesarbeitsgemeinschaft, das lautet: Gegen Armut - für unsere Rechte! Ich finde es bewundernswert, meine Damen und Herren, wie Sie sich dafür einsetzen ...

... Ich finde ein gelungenes Beispiel dieser Frauenarbeit - und es ist hier schon angesprochen worden - stellt das Zentrum für Frauenkooperativen in Gießen dar. Das Zentrum für Frauenkooperativen, das ja als Modellprojekt zu 100% vom Land Hessen bezuschußt wird und - ich weiß das Problem - in 1988 als Modellprojekt ausläuft. Ich kann Ihnen versichern, daß ich mich für Sie einsetzen werde, wo immer ich kann ...

... daß ich auch in den Kabinettsverhandlungen für die Festlegungen im Haushalt für die Gelder, die Sie brauchen, kämpfen werde, daran können Sie mich messen, das verspreche ich Ihnen. Das ist aber zum jetzigen Zeitpunkt auch das, was ich Ihnen wirklich ehrlich und von Herzen sagen kann. Noch einmal am Ende, Dank für Ihre Arbeit, Glückwünsche. Ich weiß, wie weit der Weg noch ist, den Sie zu gehen haben. Sie haben erst erste Schritte getan. Trotzdem, man darf auch auf einem solchen Weg nach 10 Jahren einmal kurz innehalten, durchatmen und gemeinsam ein Fest feiern. Glückwünsche deshalb zu der getanen Arbeit, versprochene Hilfe bei der Fortführung der Arbeit und noch einmal Dank und Anerkennung von der neuen Hessischen Landesregierung ...

Nach dem Kaffee machte ich eine kleine Umfrage zum Fest. Es war gar nicht einfach, was herauszufinden, denn fast alle meinten, alles habe ihnen gefallen. Erst nach mehrmaligem Nachfragen konnte ich herauskriegen, daß die Sozialhilfemodenschau aus Marburg und die Büttreden von Ilona die Tages-Hits waren.

Einzelne Stimmen zum Fest:

Frauen aus Offenbach: Das Programm war gut, es gab reichlich Kaffee und Kuchen. Alle Redner haben erst die Frauen begrüßt außer die von der CDU.

Frauen aus Darmstadt: Am besten waren unsere Lieder natürlich, die Sozialhilfemodenschau und die Büttreden, die Offenbacher waren auch gut.

Rudi aus Darmstadt: Am besten war der Vormittag, es gab auch viel Schmus von den Politikern, em Hartmut sei Red war gut und die Organisation, net gfallen tut mer die laute Musik.

Frauen aus Wiesbaden: Alles war gut, nur die Rede von den Politikern net, des hat alles nur langweilig gmacht, die habe Reklame für die Partei gemacht.

Ilona aus Wiesbaden: Am besten hat mir mei Red gfallen!

Marburger Frauen: Am schönsten war, wie die Marburger aufgetreten sind, die Modenschau, die Kleider waren gut.

Seniorinnen von der Preßbergerstraße: Am schönsten waren die Ansprachen und die Lieder.

Saarbrücker Frauen: Alles, alles hat uns gefallen.

Vertreter von der LAG Rheinland-Pfalz: Ich find's als Mann gut hier, die Frauen sind sowieso die aktiven.

Frauen aus Frankfurt: Die erste Rede von der Ilona war gut. Schön, daß me sich wieder mal sieht.

Frauen von der Frauensteiner Straße: Alles war schön, die Modenschau, die Büttreden.

Georg aus Dietzenbach: Was mir sehr gut gfallen hat, die Versprechungen von den Politikern. Wenn me so viele Frauen um sich hat, geht's einem immer gut. Des mit dem Kaffee muß besser organisiert werden, da gab's zu viel Leerlauf.

Gisela von der Frauensteiner Straße: Toll ist, daß so viele da sind, daß die Frauen so echt und klar sind. Nur die Reden waren zu lang.

Lothar von der Geschäftsstelle: Natürlich die Sozialhilfemodenschau war am besten.

Hartmut aus Limburg: Am besten hat mir gefallen, was die Gruppen gemacht haben, da kam rüber, was Sache ist, mit der gehörigen Portion Selbstironie, aber genau auf den Punkt gebracht.

Monika aus Gießen: Am besten war der Streß morgens zwischen sechs und neun, weniger gefallen hat mir, daß ich soviel geehrt wurde.....

chr.



Die Sozialhilfemodenschau verabschiedet sich.

Foto: Severin

BUNDESWEITES SOZIALHILFETREFFEN IN GELNHAUSEN

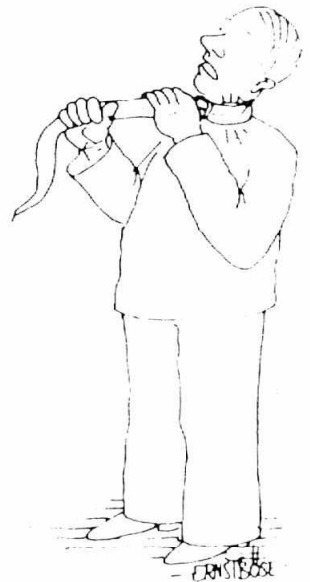
Vom 30. Juli bis zum 2. August fand im Burckhardtshaus in Gelnhausen das diesjährige, mehrtägige Treffen der Sozialhilfegruppen statt. Nahezu 100 Teilnehmer/-innen aus rund 30 Sozialhilfeinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet und aus West-Berlin diskutierten vier Tage lang in vielen Arbeitsgruppen über aktuelle Probleme bei der örtlichen Sozialhilfepraxis, über Erfolge und Schwierigkeiten bei der Arbeit in den Initiativen und Sozialhilfevereinen sowie über weitere zukünftige gemeinsame Aktionen auf Bundesebene, um auch dort die Interessen der Sozialhilfeempfänger/-innen möglichst wirksam zu vertreten. Hinzu kamen noch etwa 30 Kinder, die von fünf Betreuer/-innen während der gesamten Tage mit vielen guten Ideen und Spielangeboten bei Laune gehalten wurden. Das Burckhardtshaus platzte derweil fast aus allen Nähten und es mußten sogar Hotelzimmer außerhalb angemietet werden, um die vielen Gäste alle unterbringen zu können. Dennoch war bereits zwei Wochen vor dem Treffen kein Platz mehr frei und den sich jetzt noch anmeldenden Sozialhilfegruppen mußte leider abgesagt werden. Für das nächste Jahr muß deshalb unbedingt eine größere Tagungsstätte gefunden werden. Die hessischen Sozialhilfegruppen waren mit über 20 Personen, vornehmlich aus den Städten Darmstadt, Frankfurt, Offenbach und Wiesbaden in Gelnhausen vertreten.

Wichtige Ergebnisse des Treffens waren:

1. Die Fortschreibung der Bielefelder Regelsatzforderung für Erwachsene auf monatlich DM 775,--, zuzüglich einer ebenfalls monatlichen Kleidergeldpauschale von DM 125,--, sodaß die Sozialhilfegruppen in der BRD und West-Berlin nunmehr insgesamt **DM 900,-- Sozialhilfe im Monat für jeden Erwachsenen** fordern.

Über die Höhe der Regelsätze für Säuglinge, Kinder und Jugendliche soll auf einem Wochenendtreffen vom 6.-8.11.87 in Berlin weiter beraten werden.

2. Die Sozialhilfegruppen lehnen die Einführung des sog. "Statistikmodells" als neue Berech-



nungsgrundlage für die Sozialhilferegelsätze entschieden ab und fordern stattdessen die Weiterentwicklung des derzeitigen Warenkorb entsprechend dem tatsächlichen Lebensbedarf der Betroffenen. Das von den Politikern allseits favorisierte "Statistikmodell" legt dagegen bei der zukünftigen Berechnung der Regelsätze die Verbrauchsgewohnheiten "unterer Einkommenschichten" zugrunde, wobei jedoch jedem vernünftig denkenden Menschen von vorneherein völlig einsichtig ist, daß Mann/Frau tatsächlich nur soviel Geld ausgeben kann wie einem auch zur Verfügung steht. Eine ständige Verringerung des Sozialhilfeniveaus ist daher auch nur logische Konsequenz aus der Einführung des "Statistikmodells".

Dieser Entwicklung wollen die in Gelnhausen anwesenden Sozialhilfegruppen nicht tatenlos zusehen und rufen deshalb alle Sozialhilfeinitiativen in der BRD und West-Berlin zu einem **"Besuch der vom 16.-18. September 1987 in Dortmund stattfindenden Sozialministerkonferenz**, auf der über die Einführung des "Statistikmodell" beschlossen werden soll, auf. Ansprechpartner für diese Aktion ist neben der LAG insbesondere die Mainzer Sozialhilfegruppe.

3. Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich während der gesamten Tagung mit konkreten Tips, die Sozialhilfeempfänger/-innen in ihrer (täglichen) Auseinandersetzung mit den Sachbearbeitern auf den Sozialämtern unbedingt beachten sollten.

Die Ergebnisse sollen in Form eines Flugblattes demnächst bundesweite Verbreitung finden. Als Redaktionsteam zeichnet sich derzeit die Darmstädter Sozialhilfegruppe verantwortlich.

Neben der vielen Arbeit, gab es aber auch noch Zeit zur Erholung. So stand der Samstagnachmittag den Teilnehmer/-innen zur freien Verfügung. Angeboten wurden Stadtbesichtigungen in Gelnhäusen und Büdingen, ein Besuch im nahen Wildschweinpark sowie eine Fahrt quer durch den Spessart. Abends ging dann bei der Fete so "richtig die Post ab".

Auch der frühmorgendliche Besuch des Gelnhäuser Bürgermeisters, der sich zunächst fürchterlich über die laute Musik beschwerte, später jedoch Gefallen vor allem an den weiblichen Festteilnehmern fand, konnte die gute Stimmung nicht beeinträchtigen.

Im Abschlußplenum am Sonntagvormittag gab es dann aber doch einige "dicke Köpfe", die Schwierigkeiten hatten, die Augen offen zu halten, zu beobachten.

Abschließend sie noch einmal der Küche und allen freiwilligen Helfern aus dem Teilnehmerkreis des Treffens gedankt, denn nur durch ihre Mithilfe konnten alle "hungrigen Mäuler gestopft" werden. Das ausführliche Protokoll des (offiziellen Teils des) Treffens kann über die LAG-Geschäftsstelle bezogen werden.

Lothar Stock

1. S.G. "KOJAK"-MARGARETENHÜTTE GEWINNT

FUSSBALLTURNIER DER SOZIALEN BRENNPUNKTE



An die Mannschaft der »1. SG Turnschuh Margaretenhütte« überreichte Oberbürgermeister Manfred Mutz den Pokal für den Turniersieg. Die »Glatzköpfe« entstanden durch die Einlösung einer Wette: Die Spieler der Siegermannschaft hatten im Vorfeld bei einer erfolgreichen Titelverteidigung diese »Kojak-Frisur« angekündigt.

(Foto: vv)

(aus Gießenes Allg. Zeitung vom 13.8.1987)

Dazu sandte uns Wolfgang von der Margaretenhütte folgenden Bericht:

Das Fußballturnier für Erwachsene fand wie vorgesehen am 8. August 1987 statt auf dem Sportplatz des Schwarz-Weiß Gießen, die Organisation wurde hauptsächlich vom Jugendclub der Siedlung in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe getragen. Ursprünglich angemeldet hatten sich neben unserer Mannschaft insgesamt 9 Mannschaften aus Offenbach (Lohwald und Eschig), Kassel (Forstbachweg), Gießen (Eulenkopf, Gummiinsel, Nordstadt), Frankfurt (Preungesheim) und Wiesbaden (Schelmengraben), so daß wir eine Vorrunde mit je 5 Mannschaften geplant hatten. Durch die Absage mehrerer Mannschaften (Preungesheim und Kassel frühzeitig, Eulenkopf 3 Tage vorher und Wiesbaden kam einfach nicht) kam der gesamte Ablauf naturgemäß durcheinander (hier spricht der Frust des Organisators). Im Endeffekt spielten dann lediglich Mannschaften aus 2 Städten - Gießen und Offenbach - und das auf einem Turnier der sozialen Brennpunkte aus Hessen. Ich frage mich, worin das geringe Interesse begründet ist.

Ansonsten lief das Turnier ganz gut (kleinere Auseinandersetzungen gehören wohl dazu). Im Beiprogramm gab es Spielmöglichkeiten für Kinder (eine Kletterlandschaft), den Auftritt zweier Jongleure und abends Live Musik-von Tune Up.

Zum sportlichen Teil die wesentlichen Ergebnisse:
Der FC Eschig hätte eigentlich am Entscheidungs-

spiel um den 5./6. Platz teilnehmen können, verzichtete aber aus Ärger über eine Schiedsrichterentscheidung und fuhr frühzeitig mit dem Pokal für den 7. Platz ab.

Die folgenden Plätze belegten dann:

6. JC Holzwurm (+ Fairneßpokal)
5. FC Lohwald II
4. SG Turnschuh II (Margaretenhütte; kurzfristig eingesprungen)
3. JC Gummiinsel
2. Treffpunkt Lohwald
1. 1. SG Turnschuh I (Margaretenhütte)

Wie im Vorjahr siegte also wieder die Mannschaft des Jugendclubs der Margaretenhütte, wäre also - nach der Tradition des Turniers - im nächsten Jahr wiederum Veranstalter. Damit dies aber für die interessierten Mannschaften nicht zu langweilig wird (schon wieder in Gießen), bot die Mannschaft an, das Veranstaltungsrecht an Interessierte abzugeben. Die Mannschaft aus dem Lohwald (Offenbach) war spontan dazu bereit. Veranstaltungsort im nächsten Jahr ist also Offenbach.

In der Pause zwischen Vor- und Endrunde spielten übrigens die Mädchen-/Damen-Mannschaften aus Lohwald und aus der Margaretenhütte gegeneinander. Beide sind erst vor kurzem gegründet worden, für die Offenbacher war es ihr erstes öffentliches Spiel (das sie auch prompt gewannen).

Wolfgang aus Marokko

Wichtige Hinweise!

Sie können durch Zahlung aller Mietrückstände innerhalb eines Monats seit Klagezustellung auch eine an sich berechnete fristlose Kündigung wegen Zahlungsverzugs abwenden. Dies gilt nicht, wenn Ihnen schon einmal innerhalb der letzten zwei Jahre wegen Zahlungsverzugs gekündigt worden ist (§ 554 Abs. 2 Nr. 2 BGB).

Das Sozialamt ist von der Klage benachrichtigt. Setzen Sie sich bitte mit diesem in Verbindung.

Eine eventuelle Zahlung entbindet nicht von der Pflicht zum Erscheinen in dem anberaumten Termin.

Diese Hinweise werden vom Gericht zusammen mit der Räumungsklage verschickt, s.S. 15

FRAUEN, MÄNNER UND DER ALKOHOL

Zur Kritik am Artikel über den Wachsacker in der letzten Zeitung durch die Frauengruppe Hollermorgenstraße

Im Artikel über die Bürgerversammlung am Wachsacker in der letzten Ausgabe der LAG-Zeitung habe ich geschrieben, daß es zum Schluß eine Diskussion über Frauengruppen gab. So schrieb ich: "Da gab's dann Einwände von Männerseite; Da würde doch Alkohol getrunken, die kämen zu spät nach Hause, und da gäbe es schlechte Einflüsse von außen...".

Daraufhin wurde ich auf der Jahrestagung von Frauen der 'alten' Frauengruppe (Hollermorgenstraße) vom Wachsacker angesprochen, wie ich dazu käme zu behaupten, sie würden Alkohol trinken. Ich sagte dazu, ich hätte dies gar nicht behauptet, ich hätte nur die Meinung aus der Bewohnerversammlung wiedergegeben. Das spiele keine Rolle, sagten die Frauen, es würde so in der Zeitung stehen und mache die Frauengruppe schlecht.

Dies wollte ich natürlich nicht. Vielmehr dachte ich mir beim Schreiben, daß sich Männer, die so etwas behaupten sich selbst lächerlich machen. Gehen denn alle Männer abends zum Stammtisch und trinken den ganzen Abend Cola (ohne Hütchen) und

sagen um zehn Uhr, so jetzt muß ich nach Hause, ich habe nicht länger Ausgang? Oder welche Frau käme dazu zu sagen, mein Mann geht mir nicht mehr zum Stammtisch, weil da Alkohol getrunken wird...

Also meine Meinung zu dem Punkt Frauengruppen und Alkohol ist:

1. Ich habe keine Ahnung und deshalb nie die Behauptung aufgestellt, in der 'alten' Frauengruppe am Wachsacker würde Alkohol getrunken.
2. Selbst wenn dem so wäre, und in besagter Frauengruppe schon mal eine 'Cola mit' getrunken wird, dann ist dies ihr gutes Recht.
3. Ich habe die Frauengruppe auf der Jahrestagung kennengelernt. Sie sind mir aufgefallen, weil sie in der 'Freizeit' immer guter Stimmung und bei der 'Arbeit' vorneweg dabei waren.
4. Ich habe gelernt, daß ich aufpassen muß, was ich in die Zeitung schreibe. Denn was einmal drin steht bleibt leicht hängen, selbst wenn es ganz anders gemeint war.

chr.



EINE RÄUMUNGSKLAGE - WAS TUN?

AG WOHNEN UND MIETEN VOM 11. AUGUST 1987

Thema des Treffens war eine Information über den Ablauf eines Räumungsverfahrens und mögliche Einwirkungsmöglichkeiten.

Mit Herrn Richter Scharf vom Amtsgericht in Darmstadt hatte die AG WOHNEN UND MIETEN einen Fachmann gewonnen, der täglich mit Räumungsklagen zu tun hat.

Richter Scharf schilderte den Ablauf einer Räumungsklage und zeigte, wo das Verfahren gestoppt werden kann. Dabei ging es nur um Räumungsklagen wegen Nichtzahlen des Mietzinses, andere Gründe z. B. wegen störenden Verhaltens blieben außer Acht.

Sobald ein Mietrückstand von mindestens zwei Monaten entstanden ist, und eine schriftliche Kündigung vorliegt, ist jeder Richter gezwungen, den Räumungsanspruch anzuerkennen. Ist der Mieter mit den in der Klageschrift benannten Gründen nicht einverstanden, dann muß er innerhalb der gesetzten Frist Widerspruch einlegen, tut er das nicht akzeptiert er die Gründe. Nach Zustellung der Klageschrift gibt es eine sogenannte **Schonfrist**. D.h., wenn innerhalb eines Monats nach Zustellung der Klage die gesamten Mietrückstände bezahlt werden oder eine Übernahmeerklärung einer öffentlichen Stelle vorliegt, entfällt die Räumung. Diese Schonfrist ist die einzige wirkliche Möglichkeit, eine Räumung abzuwenden, vorausgesetzt allerdings, daß in den letzten zwei Jahren keine Schonfrist in Anspruch genommen wurde.

Das Amtsgericht ist verpflichtet auf dem Verwaltungsweg das Sozialamt zu informieren, sobald eine Räumungsklage bei ihnen eingeht. Es liegt dann am Sozialamt (Jugendamt, Wohnungsamt), rechtzeitig zu reagieren.

Räumen darf nur der Gerichtsvollzieher, nicht der Vermieter selbst.

Gegen die Vollstreckung der Räumung kann man beim Vollstreckungsgericht klagen und **Vollstreckungsschutz** beantragen, wenn eine 'sittenwidrige Härte' vorliegt. Diese ist u.a. gegeben, wenn der Mieter

einen Mietvertrag für eine neue Wohnung vorlegen kann, denn ein doppelter Umzug ist nicht zumutbar und deshalb sittenwidrig.

Von Kollegen wurde angemerkt, daß es öfter vorkommt, daß ein Räumungsurteil nicht vollstreckt wird. Das heißt der Räumungsverklagte bleibt in seiner Wohnung und zahlt seine 'Miete', muß aber damit leben, daß der Vermieter jederzeit das Räumungsurteil aus der Tasche ziehen und die Wohnung räumen lassen kann. Dies ist ein Zustand der völligen Abhängigkeit vom Vermieter. Einen neuen Mietvertrag kann man mit Rechtsmitteln jedoch nicht erzwingen, dies geht nur über eine Einigung mit dem Vermieter.

Gegen eine Einweisung der Obdachlosenbehörde (Ordnungsamt) in ein unzumutbares Obdach kann nur mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht vorgegangen werden (hier sind die Erfolgsaussichten jedoch äußerst gering).

Zum Schluß wurde über die verschiedenen Möglichkeiten diskutiert, ein Räumungsverfahren zu verzögern (z.B. Terminverlegung, Versäumnisurteil mit Einspruch am letzten Tag der Frist usw.). Dies sind jedoch Fragen für Spezialisten (wer Tips haben möchte, wendet sich am besten an Ulli Severin vom AKSB in Marburg). Richter Scharf meinte dazu, daß man damit eine Räumung zwar um ein paar Monate verzögern, aber nicht verhindern kann.

Dieser Bericht kann nur andeuten, welche Fragen an diesem 'Schulungsabend' der AG WOHNEN UND MIETEN diskutiert wurden.

Daß der Abend so anregend wurde, war das Verdienst von Richter Scharf, der es ausgezeichnet verstand, auf unsere speziellen Interessen einzugehen. Die zahlreiche Teilnahme zeigte den Bedarf an solchen Veranstaltungen an.

Die AG WOHNEN UND MIETEN trifft sich wieder am **Dienstag, den 22. September, um 13.30 Uhr in der Geschäftsstelle.**

chr.

LAG AUF DEM EVANGELISCHEN KIRCHENTAG

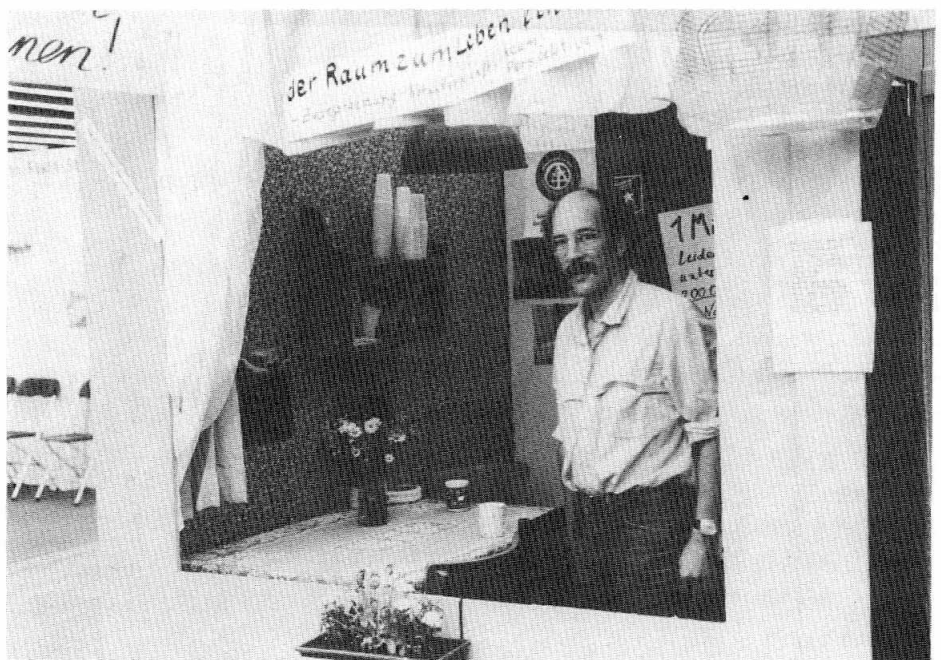
Als am Donnerstagmorgen der Markt der Möglichkeiten eröffnet wurde, herrschte auf dem Gemeinschaftsstand von LAG und AG SPAK noch das Chaos. Auf 28 m² Standfläche drängelten sich die AG SPAK mit ihren Büchertischen, das Projekt Mühlthal (Wiesbaden), das mit Sanierungswerkstatt und Hauswirtschaftsabteilung auf seine Aktivitäten hinweisen wollte, die Margaretenhütte aus Gießen mit einer Ausstellung und zu guter letzt die LAG mit einem Büchertisch. Fast hätte es Streit gegeben, denn jeder wollte seine Sachen in den Vordergrund schieben.

Wir von der LAG zogen uns dann nach nebenan zurück: In die nachgebaute Einmannunterkunft, Modell Margaretenhütte, Henriette-Fürth-Str.19. Hier hatten die Mitarbeiter/-innen von der Initiative für Jugend- und Berufsbildung (IJB), Gießen ganze Arbeit geleistet. Es war ihnen gelungen die 12 m²-Unterkunft perfekt nachzubauen, mit Eingangsflur, Klo und allem sonstigen drum und dran bis zum Bullerofen und Blümchentapete. Dafür, daß dies das IJB so toll und in so kurzer Zeit gepackt hat, möchten wir uns nochmals herzlich bedanken.

Wir von der LAG saßen in der Unterkunft, empfingen Besucher und redeten durchs Fenster mit den vorbeiziehenden Menschen, die immer wieder in ganzen Trauben stehen blieben und sich über unsere Behausung wunderten.

Viele glaubten gar nicht, daß es solche Unterkünfte gäbe, oder wenn, dann "nur" für Asylanten. Viele waren empört und wollten in ihrer Heimatgemeinde nachforschen, wie da obdachlose Familien untergebracht werden. Viele Jüngere meinten aber auch, ihre Studentenbude wäre auch nicht größer, und dies wäre doch gar nicht so schlimm. Diesen mußten wir erklären, daß die Menschen in den Unterkünften nicht nur vorübergehend wie Studenten wohnten, daß die Unterkünfte meist feucht und verschimmelt seien und, daß sie meist abgekapselt am Stadtrand zwischen Müllkippen und Autobahn angesiedelt wären.

Mich hat erstaunt, wie wenig die Besucher des Kirchentages über Obdachlosensiedlungen und soziale Brennpunkte wußten, mich hat aber auch erstaunt, mit welchem Interesse gerade junge Menschen diskutiert und Fragen gestellt haben.



Der Berichtersteller der LAG-Zeitung am LAG-Stand. Foto: Scherer



Die 'Soziale Hilfe' am LAG-Stand (im Hintergrund).

Foto: Scherer

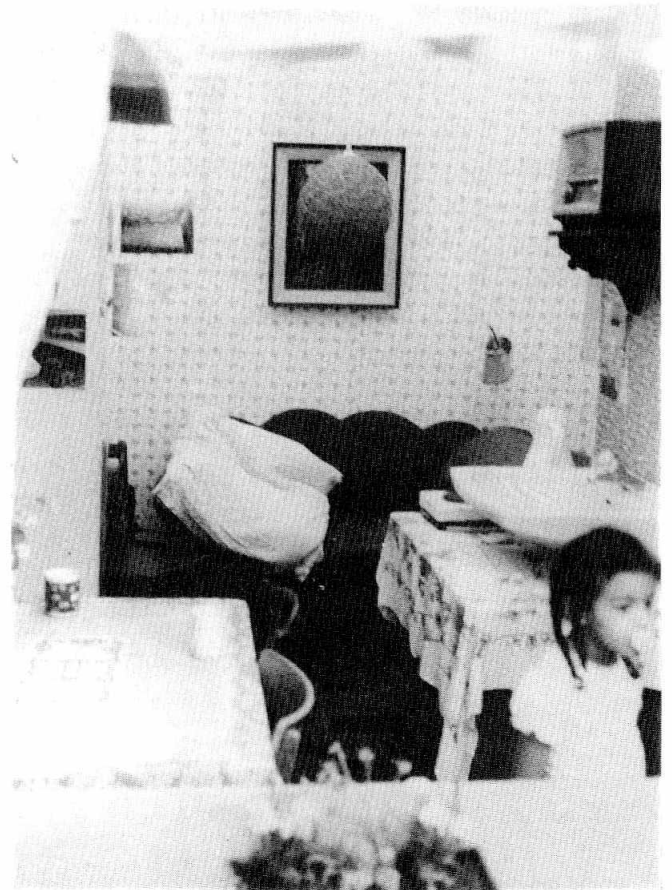
Der Kirchentag ist kein Ort, um Materialien zu verkaufen oder sich sonstwie zu profilieren. Es ist ein Ort, wo viele Menschen zusammenkommen, die offen für Fragen und Gespräche sind. Unsere Unterkunft bildete einen guten Anreiz dafür.

Am Freitagmorgen war es dann nicht mehr so hektisch an unserem Stand. Für uns war Sozialhilfetag. Der Verein "Soziale Hilfe", Wiesbaden war da mit einem Warenkorb, wo die täglichen Essensrationen eines Sozialhilfeempfängers dargestellt wurden. Weiter war am Stand die Soziale Selbsthilfe Dreieich und die Sozialhilfegruppe Darmstadt vertreten.

Am Samstag waren dann die Frauen dran. Als erste kam die Frauengruppe von der Hollermorgenstraße aus Wiesbaden. Am Nachmittag kam dann noch das Zentrum für Frauenkooperativen aus Gießen mit Nähmaschine und Kleidermodellen. Aus Limburg/Amselweg stieß die Spielstube mit einer kleinen Fotoausstellung und zwei Kindern dazu.

Die drei Tage Kirchentag waren interessant aber sehr anstrengend. Wenn zehntausende von Menschen vorbeiströmen, dann reicht es irgendwann einmal, und vor allem wurde die Luft in der Halle immer unerträglicher.

Aber es war richtig, das Thema Armut und Lebensbedingungen im sozialen Brennpunkt zur Diskussion zu stellen, ein Thema, das zur Zeit bei der Kirche sowieso eher am Rande steht und neben der dritten Welt und der Ökologie nicht soviel Beachtung findet. Vielleicht könnte man als Erfahrung des Kirchentages aufnehmen, daß wir als LAG und als LAG-Pro-



Melanie gefiel die 'Unterkunft'. Foto: Scherer

jekte in Zukunft wieder mehr die Öffentlichkeit über die Lebensbedingungen in den Brennpunkten informieren und Bündnispartner suchen z.B. bei den Kirchengemeinden.

chr.

BERICHT VON DER JAHRESTAGUNG UND DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER LAG IN DORFWEIL

Zur Jahrestagung kamen diesmal mehr Bewohner und Bewohnerinnen als Sozialarbeiter/innen. Dies lag sicher auch an der Kinderbetreuung, die vielen den Besuch der Tagung ermöglichte, die sonst nicht hätten kommen können. Es gab viele neue Gesichter, viele jüngere, die zum ersten Mal an einer Tagung mitmachten.

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein vereinfachtes Planspiel. Die Teilnehmer wurden in vier Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe wurde zu einer LAG ernannt mit der Aufgabe, zu überlegen, welche Forderungen von den Brennpunkten an die neue Landesregierung gestellt werden sollten. Am Freitag mußten diese Forderungen dann den Sozialpolitikern von CDU und FDP vorgetragen werden, die von den Mitarbeitern der Geschäftsstelle gespielt wurden. Interessant war, wie unterschiedlich die verschiedenen 'LAG's' dabei vorgingen. Am dümmsten guckten die Politiker, als ihnen von der letzten Gruppe die Tische weggenommen wurden, an denen sie sich festhielten, und die eine Schranke zum Publikum bildeten.

Dieses Spiel war gut angekommen. Alle - nicht nur die Sozialarbeiter - hatten mitgearbeitet und diskutiert. So trug beispielsweise Eleonore Bischoff vom Schelmengraben für 'ihre LAG' die Forderungen vor. Das war zum ersten Mal, daß sie so etwas gemacht hatte. Für viel Aufregung sorgte das Fernsighteam Günter Pleiner/Reinhard Thies. Ständig waren sie zugange und machten Berichte und Interviews. Einmal erklärten sie, sie könnten die Rede von Frau Geschka von der Frauenfeier nicht senden, weil Frau Geschka diese nicht freigegeben hätte. Darüber waren alle empört.

Doch am nächsten Tag sagten sie, sie hätten nun die Freigabe doch erhalten und spielten die Rede vor. Was ging da vor?

Zwei Stimmen zum Planspiel:

Rudi aus D.: "Ich war am Anfang sehr dagegen, jetzt bin ich zufrieden, man sollte das wiedermachen".

Harcnut Fritz: "Ich fand das sehr gut, dieses Plan-

EIN NACHWORT ZUR JAHRESTAGUNG VON JLONA

In Dorfweil haben wir getagt,
unsre Anwesenheit war sehr gefragt.
Kaum waren wir dort angekommen,
die Sitzung wurde aufgenommen.
Ein Video-Band von der 10-Jahres-Feier
schon war uns etwas nicht geheuer.
Doch darauf kamen wir erst später,
von de LAG, das sind listige Vertreter.
Ein Planspiel, so haben die das genannt,
zum Schluß, da sind se weggerannt.
Mein Gott, was waren wir verstört,
als wir das von den Geschka gehört.
Hauptsächlich ich war erzürnt,
am Liebsten wär ich hingestürzt.
Hab mich beschwert beim Redakteur,
und sag, gib mir Geschkas Nummer her.
Dieser nickte wie ein Gaul,
ich dachte nicht, da ist was faul.
Am nächsten Tag, als alles kom raus,
ich war so klein wie eine Maus.
Den Redakteur mit Namen Peter,
das war der hinterlistigste Vertreter.
Doch sonst war die Tagung wunderbar,
einige waren froh, als rum sie war.
Von de LAG, die komen aus ihrem Trutt,
war'n froh, daß war'n die Wiesbadner fort.
Dene haben wir gezeigt, was wir all kenne,
auch daß mir müsse nicht viel penne.
Doch pünktlich wie immer standen wir auf der Matte,
waren fit und sangen unsre Platte.
Mit müden Gesichtern kamen die LAGler her,
und fragten, wo nehmt den Elan ihr nur her?
Doch alles in allem war die Tagung ganz toll,
am Tag wurde geschafft und abends warnse voll.
Auch wurde gelacht, getanzt und gesungen,
die vier Tage waren voll gelungen.
Wir hoffen, es wird bald wieder so sei,
die Wiesbadner sind wie immer dabei!

spiel nach langer Zeit, unsere Stärke ist die Aktivität der Bewohner".

Einige ganz fleißige 'tagten' bis weit nach Mitternacht und waren am nächsten morgen dennoch zeitig wieder zur Stelle. In diesem Zusammenhang gibt es ein Gerücht, daß der Erste Vorsitzende zu später Stunde von einer Frauenrunde um sein ganzes Geld gebracht worden wäre ... Männer seit auf der Hut!

Am Freitagabend gab es dann den traditionellen Ausflug. Diesmal zu einem Gasthaus mit Musik. Hartmut Fritz verabschiedete mit einer Flasche Sekt Erika Röckel, die 'gute Seele' der Geschäftsstelle. Sie hört Ende Juni auf als Sekretärin und große Organisatorin in der Geschäftsstelle, weil sie ihr eigenes Geschäft aufmachen will, viel Glück dazu! Im Laufe des Abends zeigte sich wieder einmal, daß die LAG über hervorragende Sängerinnen und Sänger verfügt. Besonders hervorgetreten sind Michael von der Geschäftsstelle, Hanne aus Wiesbaden und Jürgen mit Marina, Marina, Marina..

Die **Mitgliederversammlung** am Samstag war gut besucht, 17 von 22 Mitgliedsprojekten waren da. Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung stand der Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der LAG. Am Nachmittag wurden die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen zusammengestellt, die an die neue hessische Landesregierung gerichtet werden sollen.

Auffallend war, daß sowohl zum Vorstandsbericht als auch zu den Forderungen nur wenig Diskussionen aufkamen.

Von der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit von der Darmstädter Rodgaustraße, wurde der Antrag gestellt, daß die LAG sich mit der oft schwierigen Situation von Männern in den Siedlungen auseinandersetzen soll. Dieser Antrag wurde angenommen und die AG Gemeinwesenarbeit der LAG beauftragt, sich bis zur nächsten Mitgliederversammlung dazu Gedanken zu machen. Als Gastprojekt (ohne Stimmrecht) wurde die 'Arbeitsgemeinschaft Soziale Unterstützung' aus Bad Homburg aufgenommen.

chr.

WIEDER EIN FEST: 20 JAHRE SPIEL- UND LERNSTUBEN

AM SAMSTAG, DEN 24. OKTOBER IM WALDTAL IN MARBURG!

Vor 20 Jahren, zum 1. September 1967, konnte der damalige Arbeitskreis Notunterkünfte e.V., Marburg eine Kindergärtnerin für seine Spielstube in einer Baracke der Marburger Obdachlosensiedlung Krekel einstellen. Dies war der Anfang der Spiel- und Lernstuben in Hessen. Mit der Auflösung der Siedlung Krekel zog ein großer Teil der Bewohner ins Walddal, mit ihnen 1973 die Spiel- und Lernstube und der Arbeitskreis Notunterkünfte, der sich fortan Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V. nannte, allseits bekannt unter der Abkürzung AKSB.

Heute nach über 20 Jahren gibt es mehr als 50 Spiel- und Lernstuben in ganz Hessen. Dies ist ein Grund zu feiern, meinte der AKSB, und bat den Hessischen Sozialminister um einen Zuschuß für eine Festveranstaltung.

Nach einigem Hin und Her ist jetzt alles klar: Das Fest findet am 24. Oktober im Walddal statt. Es wird vom AKSB in Zusammenarbeit mit der LAG organisiert. Der Hessische Sozialminister

Trageser hat die Schirmherrschaft (hoffentlich einen Sonnenschirm) übernommen und gibt für das Fest einen Zuschuß von DM 5.500,--. Damit kann ein Zelt angemietet, und weitere Unkosten getragen werden.

In den Regionalgruppen der Spiel- und Lernstuben wurde das Fest diskutiert und erste Vorschläge für das Programm gemacht. Am 25. August traf sich eine Vorbereitungsgruppe aus Vertreter/-innen von zehn Spiel- und Lernstuben und der LAG beim AKSB. Dabei wurde folgender Ablauf für das Fest festgelegt:

14.30 - 16.00 Uhr Eröffnungsfeier mit Beiträgen von verschiedenen Kindergruppen. Dazwischen soll es kurze Redebeiträge von den Veranstaltern, Geldgebern usw. geben. Zwei Kindergruppen wollen bereits auftreten: Eine Theatergruppe von der Frauensteiner Straße/Wiesbaden und der Kinderzirkus 'Grüner Käfer' vom BSF/Marburg.

16.00 - 18.00 Uhr soll es dann ein Kinderfest geben. Gedacht ist, dieses in der Form eines **Jahrmarktes** zu organisieren mit Ständen, Zirkus und Theaterdarbietungen. Dafür haben sich bereits sieben Spielstuben angemeldet.

Für Erwachsene gibt es die Möglichkeit während dieser Zeit bei Kaffee und Kuchen gemütlich zusammensitzen oder von

16.30 - 18.00 Uhr an einer **Podiumskiskussion** im St. Martins-Haus mit Parteienvertretern und Fachleuten teilzunehmen. Bei dieser Diskussion soll es um eine Bewertung der Spiel- und Lernstuben und um deren Perspektiven gehen.

Gegen **18.00 Uhr** soll dann das Kinderfest in ein allgemeines **Bewohnerfest** mit Tanzmusik übergehen.

Rund ums Festzelt gibt es Platz für Stellwände, wo die einzelnen Spielstuben ihre Arbeit dokumentieren können.

Dieses Programm versucht zwei Ziele zu verbinden:

- Es soll für die Spiel- und Lernstuben, für die Kinder, die Mitarbeiter, die Eltern und Bewohner ein fröhliches Fest werden,

- es soll aber auch nach außen zeigen, was in den 20 Jahren erreicht worden ist, und welche Bedeutung die Spiel- und Lernstuben haben.

Die Diskussion in der Vorbereitungsgruppe zeigte, daß es nicht einfach sein wird, diese Ziele zu verbinden (na auch schon mal gehört ..). Es wurde davor gewarnt, daß vor lauter Politik die Kinder und die Bewohner zu kurz kommen könnten.

Das dies nicht passiert, liegt jedoch zuallererst

an den Spielstuben selber, und ihrer Bereitschaft etwas zum Fest beizutragen!

Gesucht werden weiterhin:

1. **Kinderproduktionen** für die Eröffnungsfeier - am besten solche ohne Sprache.
2. **Bunte Attraktionen und Angebote** für das **Jahrmarttkinderfest**
3. **Essensstände** - von den Spielstuben organisiert
4. **Informationstafeln, Videos usw.** über die verschiedenen Einrichtungen
5. **weitere Ideen und zahlreiches Erscheinen** (bei Transportproblemen gibt es ja die Möglichkeit, daß mehrere Projekte gemeinsam einen Bus "chartern").

Nächstes **Vorbereitungstreffen** im größeren Kreis ist am **Dienstag, den 29. September, 9.00 Uhr** beim AKSB. Ansprechpartner für die Organisation vor Ort sind Helge und Marion vom AKSB. Tel.: 06421/ 6 41 25. Weiter soll zum Fest eine **Sonder-LAG-Zeitung oder Dokumentation zu den Spielstuben** erscheinen. Dazu hat sich eine Redaktionsgruppe gebildet. Wer dazu noch Ideen hat oder mitmachen möchte, wende sich bitte an Christoph Rüsck von der LAG-Zeitung. Tel.: 069/ 25 00 38.

chr.



Wenn ich nur eine Spielstube hätte!

Foto: Inge Werth

VERSCHIEDENES

REGIONALVERSAMMLUNGEN

REGION SÜD-WEST: am 21. September 1987 um 20 Uhr
im Sozialzentrum Wachsacker an
der Wachsackerstr.3, Wiesbaden
(dazu zählen alle Projekte, Initiativen und Grup-
pen aus dem Gebiet Limburg, Darmstadt, Wiesbaden,
Idstein, Raunheim, Rüsselsheim)

REGION SÜD: am 23. September 1987 um 20 Uhr im
Bewohner / Jugendzentrum im Eschig
in Offenbach
(dazu zählen alle Projekte, Initiativen und Grup-
pen aus dem Raum Offenbach, Frankfurt, Hanau
und Hochtaunuskreis)

REGION MITTE: am 23. September 1987 um 20 Uhr
im ZFF, Wilhelmstr. 15, Gießen
(dazu gehören alle Projekte, Initiativen und
Gruppen aus dem Raum Marburg, Gießen, Wetterau)

An diesem Abend soll fern von dem üblichen Tagungs-
streß einmal genügend Zeit sein, um sich beim gemü-
tlichen Zusammensein zu unterhalten über

- die Situation in den Siedlungen und den Projek-
ten
- die Zusammenarbeit untereinander und mit der LAG
- sonst noch anstehende Probleme im Siedlungsleben
- und vieles mehr.

Sofern es uns die Zeit läßt, könnten wir uns auch
noch ein paar Gedanken zur bevorstehenden Mitglie-
derversammlung der LAG am 17./18. Oktober in Krök-
kelbach machen.

*Liebe Bewohnerinnen und Bewohner,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

*Ende Juni hat Frau Erika Röckel uns ver-
lassen, um ein eigenes Geschäft aufzuma-
chen, wir wünschen Erika Röckel alles Gu-
te und viel Glück.*

*Seit dem 1. August wird unser Sekretariat
von Frau Monika Lorenz betreut. Wenn Ihr
also anruft, wendet Ihr jetzt von Frau
Lorenz empfangen. Während sie Euch wei-
terhilft, schreibt sie gleichzeitig un-
sere komplizierten Vorlagen, verschickt
die mannigfaltige LAG-Post, sucht Tagungs-
stätten usw. usw.*

*Wir sind froh, daß uns Frau Lorenz hilft
und hoffen, daß sie uns verzeiht, wenn es
mal ein wenig chaotisch zugehen sollte
in der Geschäftsstelle.*

Die Mitarbeiter

Die beiden Jahrespraktikanten der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit
in der Rodgaustrasse/Darmstadt, Doris Galle und Thomas Strakhof,
beenden am 31.7.87 ihr Anerkennungsjahr.

Einerseits ein trauriger Moment des Abschieds, andererseits
eine seltene Gelegenheit für alle Projekte in der LAG eine
fähige Sozialarbeiterin, bisheriger Schwerpunkt "Frauenarbeit"
und einen ebenso fähigen Sozialarbeiter, bisherige Schwerpunkte
"Männerarbeit" und "Mieterinitiative/Sanierung", zu engagieren.
Anfragen unter dem Stichwort "Existenzsicherung" an die
Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit, Rodgaustr.8, 61 Darmstadt
od. telefonisch 06151/374645

Spiel- und Lernstube
Am Kiesberg 7
6000 Frankfurt a.M.
sucht ab sofort eine(n)
getaufte(n) Jahrespraktikanten(in)
Kontakt: Edith Schmidt
Tel. 069 / 666 76 74
(prima Arbeitsklima da, der Tip.)

Sozialhilfeerhöhung in Hessen völlig unzureichend!

In einer Pressererklärung vom 31. August 1987 bezeichnet die LAG die von der Hessischen Landesregierung beschlossene Erhöhung der Sozialhilferegelsätze um 2% ab dem 1. September 1987 als völlig unzureichend.

Weiter sagt die LAG: "Während in den meisten anderen Bundesländern termingerecht zum 1. Juli dieses Jahres eine Erhöhung der monatlichen Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) um bis zu 3% in Kraft trat, macht die von der Hessischen Landesregierung beschlossene Anhebung der Regelsätze auf das gesamte Jahr bezogen noch nicht einmal 1,8% aus. Für einen Alleinstehenden bedeutet dies jährlich DM 80,- mehr an Sozialhilfe.

Die Hessische Landesregierung blieb damit weit hinter den Forderungen der in der LAG zusammengeschlossenen Bewohner- und Sozialarbeitsprojekten sowie örtlichen Sozialhilfegruppen zurück. Selbst dem Votum der Sozialministerkonferenz des Bundes und der Länder vom Frühjahr 1987 nach einer 3%-igen Regelsatzerhöhung wurde nicht gefolgt".

dpa

FÜR UNSER HELGA ZUM FUFFZIGSCHTE

Die Helga aus Darmstadt is 50 jetzt,
so lang isse gerannt, gewetzt.
Für die Familie, für die Kinner
un uff Tagung von de LAG,
oft war es stressig, meist awer aach schee.
Zum Geburtstag wir auch hier gratulieren,
damit alle es wisse - un mitjubiliern.

Du fährst oft uff Tagung
mit Kegel und Kind,
bist immer dabei,
trotz Regen und Wind.
Egal ob mer singe,
diskutiern bis in die Puppe -
Du Helga gehörst halt zu unserer Truppe.
Un für so e Tagung - aus Darmstadt mir kumme,
werd en Haufe Zeug dann mitgerumme.
Do stellt sich dann ganz schnell die Frage:
"Wie soll ich des alles trage?"
Die Antwort kriegste jetzt ganz rasch -
mir schenke Dir e neue Tasch!

Do is aach was drin, *)
hoffentlich dut's was tauche,
bestimmt konnste alles
uff de Tagunge gebrauchte!
Zum Schluß alles Gute,
Glück, Gesundheit und auch viel Freude,
das wünscht die GWA Dir heute! **)

*) Für die Neugierigen, die wissen wollen, was in der Tasche drin war:

- ein Roman zum Lesen, wenn mal nur die Sozialarbeiter wieder diskutieren und die Bewohner keine Lust mehr haben zuzuhören,
- ein Wörterbuch zum Übersetzen der Fremdwörter, die die Sozis oft gebrauchen,
- Kaffee (Erklärung nicht notwendig),
- Traubenzucker (bringt verbrauchte Energie zurück),
- Kompaß, damit die SozialarbeiterInnen den Weg zur Tagungsstätte besser finden,
- Lippenstift, Spiegel - zur Vorbereitung aufs abendliche Fest und vieles andere mehr ...

**) GWA = AG Gemeinwesenarbeit Darmstadt/Rodgaustr.

TERMINE

Dienstag, den 15. September 1987	AG Existenzsicherung
Mittwoch, den 16. September 1987	Besuch bei der Sozialministerkonferenz in Dortmund Treffpunkt 9 Uhr in Frankfurt
16. - 18. September 1987	Seminar: Gemeinwesenorientierte Jugendarbeit in Wiesbaden
Samstag, den 19. September 1987	Eröffnung des Hauswirtschaftsprojekts im Gemeinschafts- zentrum Mühlital in Wiesbaden, Beginn 10 Uhr
Montag, den 21. September 1987	Regionalversammlung Süd-West, 20 Uhr Wachsacker/Wiesbd.
Dienstag, den 22. September 1987	Spielstuben Region Süd, 9.30 Uhr Frankfurt/Wegscheidstr. Exkursion Saar der AG Existenzsicherung AG Wohnen und Mieten, Geschäftsstelle 13.30 Uhr
Mittwoch, den 23. September 1987	Regionalversammlung Süd im Eschig/Offenbach 20 Uhr Regionalversammlung Mitte im ZfF/Gießen 20 Uhr
25. - 27. September 1987	Mädchenseminar I in Ronneburg
Samstag, den 26. September 1987	AG Sozialhilfe in der Margaretenhütte/Gießen 14 Uhr
Dienstag, den 29. September 1987	Vorbereitungsgruppe Spielstubenfest beim AKSB/Marburg 9 Uhr
Mittwoch, den 30. September 1987	Spielstuben Region Südwest, 9.30 Uhr Wachsacker/Wiesbd.
30. Sept. - 2. Oktober 1987	Seminar zur Einnahme-/Ausgaberechnung
Donnerstag, den 1. Oktober 1987	Vorbereitung Bildungsurlaub Berlin im ZfF in Gießen
Samstag, den 3. Oktober 1987	Jugendfußballturnier der LAG in Darmstadt
5. - 9. Oktober 1987	Bildungsurlaub Berlin
9. - 11. Oktober 1987	Mädchenseminar II in Wetzlar
13. Oktober 1987	Vorbereitung Bildungsurlaub Dänemark, Frankfurt/LAG
Donnerstag, den 15. Oktober 1987	Fachgruppe Geschäftsführer
17. / 18. Oktober 1987	Mitgliederversammlung der LAG in Kröckelbach, Beginn 10 Uhr
Mittwoch, den 21. Oktober 1987	AG GWA bei der AG GWA Darmstadt/Rodgastr. in der Lernstubb um 13.30 Uhr
21. - 23. Oktober 1987	Kooperationstagung ISS / LAG / HLZ: Erwerbslosig- keit und Armut von Frauen
Samstag, den 24. Oktober 1987	Fest: 20 Jahre Spiel- und Lernstuben in Hessen im Waldtal in Marburg von 14 - 21 Uhr
25. - 31. Oktober 1987	Bildungsurlaub in Dänemark
30. Oktober - 1. November 1987	2. Frauentagung in Dorfweil
Samstag, den 31. Oktober 1987	AG Sozialhilfe